



Alexander Bonde

Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltspolitischer Sprecher Bündnis90/Die Grünen
Obmann im Haushaltsausschuss

29. Oktober 2009

Schwarz-gelbe Haushaltspolitik: Verschuldung ohne Zukunftsrendite

Die Prinzipien der Generationengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit werden von den im Koalitionsvertrag vereinbarten Haushalts- und Steuer-Planungen der CDU/FDP-Koalition mit Füßen getreten. Die Lage ist zugegebenermaßen schwierig. Finanz-, Haushalts- und Klimakrise machen die Haushaltspolitik zu einer schwierigen Herausforderung. Dem stellt sich die Koalition aber in ihrer Koalitionsvereinbarung nicht. Der schwarz-gelben Rekordverschuldung stehen nicht notwendige Investitionen und auch keine Anstiege des notwendigen ökologischen Strukturwandels gegenüber. Merkels Haushaltspolitik bedeutet konkret: Konsum und Steuererleichterungen für Wohlhabende auf Pump.

Bereits vor Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hat der designierte Finanzminister Wolfgang Schäuble einen ausgeglichenen Haushalt in dieser Legislaturperiode als „Utopie“ bezeichnet. Mit den im Koalitionsvertrag geplanten Steuersenkungen aber wird die Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb zur gefährlichen Farce. Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker warnt zu recht: „Der Stabilitätspakt gilt, er lässt Flexibilität zu, er lässt aber nicht Verantwortungslosigkeit zu.“ Verantwortungslos aber handelt die neue Regierung: Schamlos laden die Neukoalitionäre zukünftigen Generationen immer neue Milliarden-Lasten auf die Schultern und rauben ihnen Zukunft. Als Gegenleistung gibt es zwanzig Euro für die Eltern.

Auf Kosten der nächsten Generation, die diese Lasten schließlich abzufinanzieren hat, werden so Spielräume für Steuersenkung und Beitragsstabilität vorgetäuscht, die offensichtlich nicht vorhanden sind. Mit diesen Plänen wird offensichtlich, dass Union und FDP ihren gesamten Wahlkampf auf die Lüge aufgebaut haben, sowohl den Haushalt zu konsolidieren, als auch die Steuern zu senken und gleichzeitig die

Beitragssätze der Sozialversicherungen stabil zu halten. Nach unseren Berechnungen ergeben sich für den Bund bis 2013 Kosten in Höhe von fast 100 Mrd. Euro – zusätzlich.

Die schwarz-gelbe Koalition hat im Koalitionsvertrag zwar viele Ankündigungen gemacht, aber bereits jetzt äußern die Bundeskanzlerin und der Finanzminister Zweifel an ihren eigenen Steuersenkungsplänen. Auf die Vorlage eines Kassensturzes hat die neue Regierung bisher verzichtet. Nach der bisherigen Finanzplanung, die noch die Große Koalition vorgelegt hatte, sind bis 2013 über 300 Milliarden Euro neue Schulden vorgesehen. Unsere Berechnungen zur Finanzplanung, die auch die Schattenhaushalte bei der Bankenrettung und den Konjunkturpaketen berücksichtigen, finden sich hier:

http://alexbonde.de/fileadmin/uploads/pdf/Zukunftsfaehige_Investitionen_und_nachhaltige_Konsolidierung_-_Kassensturz.pdf

In diesem Papier sollen die Haushaltsbelastungen durch die im Koalitionsvertrag festgelegten Beschlüsse analysiert werden:

Schwarz-Gelb zur Steuer: das wird teuer!

Wir Grüne haben stets darauf hingewiesen, dass Steuersenkungen und Haushaltskonsolidierung sich in der momentanen Situation gegenseitig ausschließen. Steuersenkungen und Beitragsstabilität dürfen nicht durch die Schulden von morgen finanziert werden. Vergegenwärtigen wir uns kurz die Situation des Bundeshaushaltes: Schon die bisherige Finanzplanung, die noch die alte Bundesregierung vorgelegt hatte, sah eine Neuverschuldung in dieser Legislaturperiode von über 300 Mrd. vor, ohne allerdings die Risiken für die Sozialversicherungen oder für den Bankenrettungsfonds zu kalkulieren. Die Situation der Länder und Kommunen ist ebenso dramatisch. Hier droht die Politik, jede Handlungsfähigkeit zu verlieren. In vielen Städten brechen die Steuereinnahmen schon jetzt dramatisch ein. Viele Unternehmen fordern bereits gezahlte Gewerbesteuer zurück und verringern ihre Vorauszahlungen. Die Zahlen der letzten Steuerschätzung sind ernüchternd: 8,7 Mrd. weniger Steuereinnahmen in 2009 im kommunalen Gesamthaushalt. Insgesamt liegt die öffentliche Verschuldung in Deutschland schon heute bei über 1,6 Billionen Euro und wird voraussichtlich in den nächsten Jahren auf über 2 Billionen Euro steigen. Damit nimmt auch die Zinslast, die die Handlungsspielräume der Politik heute und morgen massiv beschneidet,

immer weiter zu. Allein die neuen Defizite des Bundes bis 2013 bedeuten zusätzliche Zinsausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe.

Die Erhöhung des Kinderfreibetrages zum 01.01.2010 auf 7008 Euro bzw. die Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro kostet den Bund im Haushaltjahr 2010 etwa 2 Mrd. Euro, die Länder und Kommunen in etwa noch einmal dieselbe Summe. Die steuerlichen Entlastungen sollen nach einem Satz im Koalitionsvertrag „die nachhaltige Grundlage für gesunde Staatsfinanzen [schaffen]“. Aktuelle Studien (u. a. DIW) zeigen, dass maximal die Hälfte der Steuerentlastungen durch stärkeres Wachstum gegenfinanziert werden kann. Umverteilt wird durch die geplanten Steuersenkungen eindeutig nach oben: Mit der Höhe des Bruttoeinkommens vergrößert sich die Entlastung durch den Kinderfreibetrag. Für Familien, die im ALG II-Bezug leben, findet dagegen überhaupt keine Verbesserung statt: Da wird das Kindergeld nämlich voll auf das ALG II angerechnet.

Durch den Abzug der Steuerberatungskosten, die Verbesserung der Abzugsfähigkeit und Ausbildungs- und Pflegekosten und eine stärkere Förderung von privater Altersvorsorge sind weitere Belastungen in Milliardenhöhe in den nächsten Jahren zu erwarten. Im Jahr 2011 wird sich die Situation durch die geringere Besteuerung von Dienstwagen (Jahreswagenrabatte und Privatfahrten) weiter verschärfen. Durch Erleichterungen bei der Unternehmensbesteuerung (Mantelkauf, Zinsschranke und Hinzurechnungen) wird – ebenfalls bereits 2010 – die Einnahmenseite weiter geschwächt.

Weitere Belastungen für die Einnahmen des Bundes (500 Mio. Euro p.a.) entstehen durch die Entlastung für Geschwister und Geschwisterkinder bei der Erbschaftssteuer. Durch das neue eingeführte Umsatzsteuerprivileg für Hotelübernachtungen, das ausschließlich einer Logik der Interessengruppen zu verdanken ist und keinen ökonomischen Sinn hat, wird eine Belastung in Höhe von ca. 0,5 Mrd. Euro entstehen. Insgesamt werden die Einnahmen des Bundes also allein strukturell deutlich geringer, in 2010 stehen mehr als 3,5 Mrd. Euro nicht mehr zur Verfügung.

Ausgabenwünsche ohne Gegenfinanzierungen

Gleichzeitig erhöht Schwarz-Gelb auch die Ausgaben. Vom liberalen Sparbuch, dem Dauerbrenner der Haushaltspolitik der FDP, ist auf einmal gar keine Rede mehr. Für zusätzliche Verkehrsinfrastruktur soll in 2010 noch einmal 0,5 Milliarden Euro ausgegeben werden – trotz der bereits in den Konjunkturpaketen bereitgestellten Milliarden für Bitumen und Beton. Zwar wurde Merkels Mondfahrt aufgegeben, aber dennoch sollen für die Förderung der Luftfahrtindustrie und für die Entwicklung einer eigenständigen Raumfahrtstrategie weitere zusätzliche Millionenbeträge bereitgestellt werden. Die Bundesagentur für Arbeit und der Gesundheitsfonds sollen mit insgesamt 20 Mrd. Euro bezuschusst werden, ebenfalls bereits 2010.

Als konkrete Einnahmeposten benennt der Koalitionsvertrag praktisch nur die Einnahmen aus Emissionszertifikaten, die künftig dem Gesamthaushalt zu Verfügung stehen sollen, und die Teilabschöpfung von Gewinnen der Energie-Multis aus der geplanten Verlängerungen von Atomkraftwerks-Laufzeiten.

Trickserei mit Schattenhaushalten

Nachdem die Pläne für ein weiteres Sondervermögen Sozialversicherungen (= Schattenhaushalt) durch einen weiteren Nachtragshaushalt für 2009 nach einem Proteststurm aus Wissenschaft, Medien und (nicht zuletzt) uns Grünen beerdigt werden mussten, wollen die Koalitionäre ein solches Sondervermögen nun erst ab 2010 einrichten - wohl wissend, dass nach den Regelungen der Schuldenbremse die Chance zur Verschleierung in Sondervermögen und Schattenhaushalten letztmalig 2010 eröffnet wird. Die Verluste der Sozialversicherungen von 2011 bis 2013 in Höhe von voraussichtlich mehr als 50 Mrd. € sollen nach wie vor als kreditfinanzierter Bundeszuschuss aus einem Sondervermögen finanziert werden. Auch die Einrichtung dieses Schattenhaushaltes im Rahmen des Bundeshaushaltes 2010 verstößt gegen sämtliche allgemein geltenden Haushaltsgrundsätze. Zentrale Grundsätze wie Transparenz und Ehrlichkeit, Klarheit und Wahrheit würden sträflich unterhöhlt. Die Bürgerinnen und Bürger können so den ohnehin schon komplizierten Haushalt nicht mehr lesen, geschweige denn verstehen.

Schuldenbremse vertagt

Die durch die große Koalition und die FDP beschlossene Schuldenbremse mit ihren Vorgaben bis 2016 würde durch diese Trickserei erheblich ausgehebelt. Denn je höher die Verschuldung 2009 oder 2010 geschraubt wird, desto großzügiger kann der Konsolidierungspfad bis 2016 erfolgen. Das Erbe dieser Taktik erhielte die Nachfolge-Regierung, der dann ab dem Haushalt 2014 eine Herkulesaufgabe bei der Konsolidierung zukäme...

(Hintergrund/Herleitung: Das vorhandene strukturelle Defizit 2010 muss laut Schuldenbremse linear bis 2016 abgebaut werden. Je höher also der Anfangswert beginnt, desto mehr Kreditvolumen in der Summe kann bis 2016 aufgenommen werden, weil ja der Abbaupfad mit den erlaubten Schulden jedes Jahr über dem auf niedrigerem Niveau begonnenen Abbaupfad liegen würde. Konkret bedeutet dies: Das strukturelle Defizit des Bundes liegt durch den Koalitionsvertrag rund 24 Mrd. € höher als geplant. Damit liegt das strukturelle Defizit des Bundes nicht bei 1,6% des BIP, sondern bei 2,5%. Hätte nach den Regelungen der Schuldenbremse die Koalitionäre das strukturelle Defizit 2011 auf 1,4% des BIP absenken müssen, so ist nun nur noch eine Absenkung auf 2,15% notwendig. Es entstehen also deutlich großzügigere Neuverschuldungsspielräume.)

Insofern würde die Umwandlung eines Darlehens an die Sozialversicherungen in einen Zuschuss nicht nur die Staatsverschuldung deutlich erhöhen, sondern groteskerweise auch noch die Verschuldungsspielräume bis zur endgültigen Einführung der Schuldenbremse 2016 erhöhen.

Position zur Einnahmenseite offen

Auch wenn sich der Vorhang der Koalitionsverhandlungen jetzt geschlossen hat und die Finanzartisten von CDU/CSU und FDP jetzt auf der Regierungsbühne stehen, bleiben viele Fragen offen: An welchen Stellen soll gespart werden? Wie kann das Ausgabenwachstum unter das nominale Wachstum des BIP gedrückt werden? Wie kann Schwarzarbeit effizient bekämpft werden? Vielerlei Kommissionen sind beschlossen, Lippenbekenntnisse und offene Formulierungen finden sich im Koalitionsvertrag zuhauf. Aber bisher stehen nur die Kosten für die Beschlüsse fest. Nach unseren Berechnungen ergeben sich für den Bund bis 2013 Kosten in Höhe von fast 100 Mrd. Euro – zusätzlich wohlgemerkt.

Gesamtstaatliche Betrachtung

Aber nicht nur der Bund ist von den Finanzoperationen der neuen Regierung stark betroffen. Da die vom Volumen her größten Steuern Gemeinschaftssteuern sind, bekämen auch Länder und Gemeinden die Folgen der im Vertrag geplanten schwarz-gelben Finanzoperationen zu spüren. Nicht nur Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust deutet Widerstand gegen die Pläne an. Berlin und Bremen drohen – zu recht - bereits offen mit einer Blockade im Bundesrat.

Gesamtstaatlich werden die schwarz-gelben Festlegungen bis 2013 zu Mehrkosten in Form von Ausgaben und Mindereinnahmen von ca. 135 Mrd. Euro führen. Nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes müssen die Kommunen allein 2010 zusätzliche Ausfälle von 3,6 Milliarden Euro verkraften, wenn die Pläne der Koalition Wirklichkeit werden. Bei der Einkommenssteuer sind bis 2013 Entlastungen in Höhe von 24 Mrd. EUR (volle Jahreswirkung) vorgesehen. Von den Steuerausfällen müssen Länder und Kommunen 57,5% tragen.

Beim Sofortprogramm „Teil-Korrektur der Unternehmenssteuerreform“ tragen Länder und Kommunen sogar einen Anteil von ca. 75%. Dabei sind die Haushalte der Kommunen schon durch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sehr belastet: Der Städtetag schätzt in seinem Gemeindefinanzbericht 2009 (ohne Stadtstaaten) rückläufige Gewerbesteuererinnahmen von 15,3 %, Einkommenssteuererinnahmen von minus 9,4 % und ein Minus bei der Umsatzsteuer von 0,8 %. Durch die Wirtschaftskrise müssen die Städte und Gemeinden mit enormen Einnahmeausfällen und steigenden Sozialausgaben rechnen. Die Kommunen rechnen in 2009 mit einem kommunalen Defizit von mehr als 2,5 Milliarden Euro. Das ist ein Absturz gegenüber dem Vorjahr (ca. 7 Mrd. plus) um rund 10 Milliarden Euro. Neben steigenden Sozialausgaben trägt vor allem ein Minus von rund 5 Mrd. Euro bei der Gewerbesteuer und von 2 Mrd. Euro bei der Einkommenssteuer (jeweils ohne Stadtstaaten) zu buche. 2010 wird sich die Lage noch verschärfen, dann müssen die Kommunen ein zweistelliges Milliardendefizit befürchten.

Die Kosten des Koalitionsvertrags
"Nachhaltiger Kurs der Sparsamkeit, Transparenz und verlässliche Konsolidierung"
"Wir stehen für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik"

Angaben in Mio. €/ x Beginn der Maßnahme/ ? Mittelhöhe ungewiss

Politikfeld	Maßnahme	Bund 2010	Bund 2011	Bund 2012	Bund 2013	Bund 2010-2013 Summe	Gesamtstaat 2010	Gesamtstaat 2010-2013 Summe
Steuern	Summe aller steuerlichen Maßnahmen	3.670	5.625	8.100	10.800	28.195	7.000	62.656
Veranlagung	Kinderfreibetrag 7.008 Euro + 20 Euro Kindergeld	2.070					4.600	
	Abzug Steuerberatungskosten	x						
	Abzugsfähigkeit Ausbildungskosten verbessern	x						
	Abzug Pflegekosten verbessern	x						
	Bessere Förderung private Altersvorsorge	x						
	Steuerliche Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft	x						
	Geringere Besteuerung von Jahreswagenrabatten			x				
	Verbesserung Besteuerung des geldwerten Vorteils bei Privatfahrten			x				
Unternehmen	Abflachung Mittelstandsbauch und Stufentarif		x					
	Mantelkauf	x						
	Zinsschranke	x						
	Hinzurechnungen	x						
	Summe	1.100					2.200	
Allgemein	Einschränkung von Nichtanwendungserlassen	x						
Erbschaftssteuer	Entlastung für Geschwister und Geschwisterkinder	x						
	Senkung des Lohnsummenzwangs	x						
	Summe	500					1.000	
Umsatzsteuer	Ermäßigter Steuersatz für Hotel- und Gastronomiegewerbe	500				1.350	1.000	2.700
Sondervermögen	Umwandlung Darlehen in Zuschuss BA	16.000	14.000	11.000	8.000	49.000	16.000	49.000
	Umwandlung Darlehen in Zuschuss Gesundheitsfonds	4.000				4.000	4.000	4.000
Wirtschaft	High-Tech-Gründerfonds II	100				100	100	100
	Förderung Luftfahrtindustrie	250				250	250	250
	Entwicklung eigenständiger Raumfahrtstrategie	400				400	400	400
	Förderung Investitionen in Tourismus		x					

Politikfeld	Maßnahme	Bund 2010	Bund 2011	Bund 2012	Bund 2013	Bund 2010-2013 Summe	Gesamtstaat 2010	Gesamtstaat 2010-2013 Summe
Wirtschaft	Aufweichung Mindestlohn		X	X				
Verkehr	zusätzliche Verkehrsinfrastruktur	500				500	500	500
	Stellplätze für LKW auf Autobahnraststätten	150				150	150	150
	Verbesserung Lärmsanierungsprogramm	50				50	50	50
Wohnen	Stärkung Stadtumbauprogramm West	50				50	50	50
Bildung	Summe					12.000		12.000
	Zukunftskonto Neugeborene 150 und Förderung bei Einzahlung							
	Anhebung Büchergeld Begabtenförderwerke auf 300 Euro							
Forschung	Ausbau Werkstoff- und Materialforschung							
	Stärkung Präventionsforschung							
	Einrichtung "Deutsches Stammzellennetzwerk"?							
Soziales	Betreuungsgeld				1.600	1.600		1.600
	Weiterentwicklung Elterngeld							
	Ausbau Bindungs- und Bildungsforschung							
	Förderung altersgerechter neuer Wohnmodelle							
	Stärkung des Ehrenamtes							
Landwirtschaft	Grünladmilchprogramm	250	250			500	250	500
	Erhöhung Zuschuss LUV	100	100			200	100	200
	Krisenliquiditätsprogramm Landwirtschaft	25	25			50	25	50
	Verlängerung Branntweinmonopol ab 2011 bis 2017?							
Neue Länder	Hilfen bei Absenkung der Solimittel ab 2014							
Arbeit	Summe	300	300	300	300	1.200	300	1.200
	Erhöhung Hinzuverdienst ALG II							
	Erhöhung Schonvermögen auf 750 Euro pro Lebensjahr							
	Bessere Schonung der eigengenutzten Immobilie bei ALG II							
Rente	Verbesserung der familienpolitischen Komponente?							
	Anpassungsregel für bessere Grundsicherung im Alter							

Politikfeld	Maßnahme	Bund 2010	Bund 2011	Bund 2012	Bund 2013	Bund 2010-2013 Summe	Gesamtstaat 2010	Gesamtstaat 2010-2013 Summe
Konsolidierung	Abbau 100.000 Arbeitslose: Entlastungswirkung 2 Mrd. Euro	?						
	Ausgabenwachstum unter nominalem Wachstum BIP	?						
	Senkung der Bürokratiekosten im Vgl. 2006 zu 2011 um 25%	?						
	Vereinfachung Genehmigungsverfahren	?						
	Vereinfachung Vergaberecht	?						
	Expertenrat für flexible Zeitablaufplanung Privatisierung	?						
	Bekämpfung Schwarzarbeit	?						
	Abschöpfung Gewissen Atomindustrie wegen Laufzeitverlängerung	?						
	Privatisierung Deutsche Bahn	?						
	Einstellung Städtebauförderung ab 2013?	?						
	Aufweichung der Außenwirtschafts- und Exportregelungen	?						
	Pauschalierung KdU?	?						
	Bürgergeld?	?						
Gesamtsumme		26.345	20.300	19.400	20.700	99.595	30.175	135.406